

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, Kay Gottschalk, Dr. Malte Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Dr. Rainer Rothfuß, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Globaler Süden und Globaler Norden als Kategorien in der Entwicklungspolitik aufgeben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bezeichnungen „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“, die hauptsächlich in der Entwicklungspolitik benutzt werden, lösen zunehmend die Begriffe „Entwicklungsländer“ und „Industrieländer“ ab. Nach Ansicht der Bundesregierung dienen diese Bezeichnungen dazu, die Situation von Ländern in der globalisierten Welt möglichst wert- und hierarchiefrei zu beschreiben. In diesem Sinne ist nach Auffassung der Bundesregierung ein Land des „Globalen Südens“ ein politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich benachteiligter Staat. Angeblich befinden sich die Länder des „Globalen Nordens“ dagegen in einer privilegierten Position, was Wohlstand, politische Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung angeht. Auf diese Weise sollen die Ungleichheit und die dadurch bedingten Abhängigkeitsverhältnisse herausgestellt werden. So werden die Länder, die von den Mitgliedern des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) öffentliche Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erhalten, von der deutschen Entwicklungspolitik dem „Globalen Süden“ zugeordnet (www.bmz.de/de/service/lexikon/globaler-sueden-norden-147314).

Nach Auffassung der Antragsteller stellen die Begriffe „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“ einen Sprachmissbrauch bzw. einen reinen Etikettenschwindel dar, indem sie dazu dienen, ein moralisch-politisches Vorurteil zu konstruieren, wodurch fälschlicherweise vermittelt wird, dass die Entwicklungsländer im Recht und die Industrienationen in der Bringschuld sind. Durch diese moralische Stigmatisierung wird die nun seit sechzig Jahren fehlgeleitete Entwicklungshilfe weiter aufrechterhalten. Für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Entwicklungsländern ist dies keinesfalls zweckdienlich.

Darüber hinaus dient es in dieser Schuldpolitik, einen invertierten Kolonialismus zu betreiben, der sich im Namen einer „linken postkolonialen Theorie“ vollzieht. Die Befürworter der Entwicklungshilfe ergötzen sich am eigenen „Täterstolz“ und versuchen, die eigene „Erbschuld“ zu sühnen, indem sie die Menschen in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit summarisch zu Opfern erklären und aller Eigenverantwortung entbinden. Die Haltung dahinter ist zutiefst paternalistisch und schadet allen – auch und gerade den Menschen im sogenannten „Globalen Süden“.

Der alte Kolonialismus wird heute durch einen neuen Kolonialismus abgelöst: Die Bundesregierung, ihre Nichtregierungsorganisationen und andere selbsternannte „Allesversther“ erkennen den Menschen im „Globalen Süden“ die Fähigkeit ab, über sich selbst bestimmen, Verantwortung für sich selbst übernehmen zu können und zu müssen usw. So wird der sogenannte „Globale Süden“ in Abhängigkeit gehalten. Man behandelt die Menschen dort immer noch als unmündig, tut aber so, als brähe dank der Erfindung von Begriffen für sie ein goldenes Zeitalter an.

Zwar befinden sich die meisten Länder des „Globalen Südens“ tatsächlich auf der Südhalbkugel und die des „Globalen Nordens“ auf der Nordhalbkugel. Nach Auffassung der Bundesregierung handelt es sich jedoch um relative Begriffe, die Länder dahingehend verorten, ob sie im globalen Kontext zur privilegierten oder benachteiligten Gruppe gehören. Nach Ansicht der Antragsteller ist es in vielerlei Hinsicht problematisch, eine solche Länderkategorisierung zu betreiben und die daraus abgeleitete Schuld- und Opferpolitik als Grundlage für Entwicklungshilfe festzulegen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen entwicklungspolitischen Ansatz zu verfolgen, bei dem die üblichen Bezeichnungen von „Industrienation“, „Schwellenländern“ und „Entwicklungsländern“ verwendet werden, um die durch die Kunstbegriffe „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“ bezweckte entwicklungspolitische Kategorisierung der Welt in bevorzugten und benachteiligten Staaten sowie jegliche Form von Schuld- und Opferpolitik im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu überwinden;
2. die deutsche Entwicklungspolitik auf eine marktnahe wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle der deutschen Wirtschaft und der afrikanischen Partner strategisch auszurichten;
3. damit einhergehend die Eigenverantwortung der Partnerländer der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken, statt Entwicklungshilfe mit Kunstbegriffen aufrechtzuerhalten.

Berlin, den 18. August 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion